► Oberlandesgericht Köln

Ansprüche des Sozialleistungsträgers bei Verzicht auf Nießbrauch

| Die Mutter M schenkte ihrem Sohn S in 1995 ihr Hausgrundstück unter Vorbehalt eines lebenslangen Nießbrauchsrechts. Seit 2007 befand sich M in vollstationärer Pflege. Mitte 2008 verkaufte der S das Hausgrundstück zu einem Kaufpreis von 100.000 EUR. Im Zuge des Verkaufs verzichtete die M auf ihr Nießbrauchsrecht und bewilligte dessen Löschung im Grundbuch. |

Seit Ende 2008 ist die M in einem Pflegeheim untergebracht. Der Sozialleistungsträger übernahm zunächst die Kosten für die Heimunterbringung, nimmt jedoch nun den S aus übergeleitetem Anspruch von rund 50.000 EUR aus Schenkungsrückforderung in Anspruch. Zu Recht, wie das OLG Köln mit Urteil vom 9.3.17 (7 U 119/16, Abruf-Nr. 194747) entschied.

Der unentgeltliche Verzicht auf den Nießbrauch stellt eine Schenkung der M an den S dar. Im Unterschied zu einem Wohnungsrecht, welches allein von dem Berechtigten ausgeübt werden kann, stellt der Nießbrauch durch das Recht der Nutzungsziehung und Vermietung einen objektiven Vermögenswert dar. Der Verzicht führte auch zu einer Vermögensmehrung bei S. Der Verkehrswert der Immobilie wird durch den Wegfall des Nießbrauchs erhöht; weiter wurde das Haus erst durch den Verzicht veräußerbar. Der nach § 818 Abs. 2 BGB herauszugebende Wertersatz besteht in der durch den Wegfall des Nießbrauchs eingetretenen Erhöhung des Verkehrswerts der Immobilie.

► Kommunalgericht Berlin

Kein Zugriff auf Facebook-Account der verstorbenen Tochter

| Das KG hat in zweiter Instanz zugunsten von Facebook (FB) entschieden und die Klage der Mutter, die den Zugang zum FB-Account ihres verstorbenen Kindes durchsetzen wollte, abgewiesen. Der Schutz des Fernmeldegeheimnisses (§ 88 TKG) stehe dem Anspruch der Erben entgegen, Einsicht in die Kommunikation der Tochter mit Dritten zu erhalten. Das KG Berlin (31.5.17, 21 U 9/16, Abruf-Nr. 194344) hat die Revision zugelassen. |

K hoffte, über den FB-Account der Tochter Hinweise darüber zu erhalten, ob es sich beim Tod ihres Kindes möglicherweise um einen Suizid handelte. Dies war ihr jedoch nicht möglich, obwohl sie die Zugangsdaten hatte: Ein Dritter hatte das Benutzerkonto von E in den sogenannten Gedenkzustand versetzt, womit ein Zugang mit den Kontozugangsdaten nicht mehr möglich ist.

Unabhängig von der Frage, ob der Account in das Erbe falle und die Erben Zugang zu den Account-Inhalten erhalten müssten, stehe das Fernmeldegeheimnis dem entgegen. Das Fernmeldegeheimnis erstreckte sich auch auf E-Mails, die auf den Servern von einem Provider gespeichert seien. Dies gelte entsprechend für bei Facebook gespeicherte Kommunikationsinhalte, die nur für einen beschränkten Nutzerkreis bestimmt sind. K kann sich auch nicht darauf berufen, die Zugangsdaten von der Tochter überlassen bekommen zu haben: Denn nicht nur die Verstorbene als Vertragspartnerin von FB, sondern auch alle diejenigen, die mit der Verstorbenen kommuniziert haben, müssten auf den Schutz des Fernmeldegeheimnisses verzichtet haben.

Verzicht auf
Nießbrauch =
objektiver
Vermögenswert

FB-Account im
Gedenkzustand

Fernmeldegeheimnis
verhindert Zugang
zu den Inhalten